Rezensionen

Jacqueline Heinen, Helena Hirata, Roland Pfefferkorn (Hrsg.): **Cahiers du Genre: État/Travail/Famille. „Conciliation“ ou conflit?** Heft 46/2009, Paris: L'Harmattan, 266 S., € 24,50

Familienpolitische Debatten erleben derzeit nicht nur in Deutschland eine Renaissance. Alte Themen, wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, werden unter neuen Fragestellungen in sich verändernden Kontexten wieder aufgegriffen und kritisch hinterfragt. Das vorliegende Schwerpunktheft der *Cahiers du Genre* geht dem Begriff der Vereinbarkeit (*conciliation*) im Zusammenhang mit Staat, Arbeit und Familie nach und untersucht, ob dieser Begriff tatsächlich – wie öffentliche Familienpolitiken evozieren – Ausöhnung, Harmonie und Ausgleich meint oder nicht eher als Konflikt zu verstehen sei. Die in diesem Heft versammelten Beiträge stehen dem Konzept der *conciliation* durchgehend kritisch gegenüber.

Diesen Widersprüchen und Ambivalenzen gehen die *Cahiers* in vergleichender Perspektive nach, als Ländervergleich (zwischen europäischen Ländern, China und Vietnam) oder als Vergleich unterschiedlicher Regionen (Brasilien), häufig in historischer Perspektive oder auch diachron. Entsprechend französischer Tradition untersuchen die Autorinnen und Autoren vorrangig die Rolle des Staates und die der öffentlichen Hand (*pouvoirs publics*) bei der Konfiguration der Geschlechterbeziehung in der Familie und in der Erwerbsarbeit und zwar auf staatlicher, regionaler und lokaler Ebene. Auch Fragen der Demografie im Sinne der Geburtenförderung werden aufgeworfen.

Das Heft beginnt mit einem Beitrag von Olivier Giraud und Barbara Lucas „Le

*renouveau des régimes de genre en Allemagne et en Suisse: bonjour „néo maternalisme“?*¹ Der Artikel untersucht, wie und mit welchen politischen Instrumenten es in den zwei Ländern, die lange Zeit als Protagonisten des Familienernährer-Modells galten, seit 1990 zu einer dynamischen Erneuerung der Geschlechterregime kommen konnte – trotz starker Beharrungskräfte seitens der katholischen Kirche, konservativer Parteien und Institutionen und trotz des spät eingeführten Frauenstimmrechts in der Schweiz (1971). Auf der Grundlage eines weit gefassten Konzepts der Geschlechterregime von Sylvia Walby, das die Gesamtheit der die geschlechtliche Arbeitsteilung beeinflussenden Sozialstrukturen umfasst, benennen die Autoren die politischen Dimensionen, die diesen Wandel ausgelöst haben: die Rolle des Staates bei der Regulierung der Geschlechterbeziehungen; Arrangements privater Akteure und eine Vielzahl neuer familienpolitischer Akteure, vor allem das organisierte Unternehmertum. Das Zusammenspiel von Gesetzgebung, neuer diskursiver und akteurspolitische Allianzen in Richtung Aktivierung der Eltern für den Arbeitsmarkt, hat nicht nur den öffentlichen Diskurs über Geschlechterkonfigurationen verändert, sondern in beiden Ländern zu einer Neuformulierung von Fürsorgearbeiten (Aufwertung von *care*) und der Vereinbarkeitsproblematik (Öffnung gegenüber Anforderungen des Arbeitsmarktes) geführt. Gleichzeitig zeigt der Beitrag die Paradoxien in der Dynamik der Veränderung der Geschlechterregime auf – weiterhin bestehende geschlechtliche Machtbeziehungen

¹ „Erneuerung der Geschlechterregime in Deutschland und der Schweiz: Entsteht ein „Neo-Maternalismus?“

verbunden mit sozialen Ungleichheiten – und endet mit der Frage, ob die einseitige Adressierung der Frau in diesem Prozess nicht zu einem Neo-Maternalismus führen könne.

Kritisch anzumerken ist, dass die Analyse der Entwicklung in Deutschland seit 1990 zu wenig das sozialistische Erbe der Geschlechterregime reflektiert, so dass die innerdeutschen widersprüchlichen Entwicklungen in der Geschlechter- und Betreuungspolitik kaum berücksichtigt werden.

Das Thema, „*Migration et garde des enfants à domicile en Europe: questions de citoyenneté*“² untersuchen Fiona Williams, Constanza Tobío, Anna Gavanas. Es geht um die transnationale Verteilung von Fürsorgearbeiten, um das Zusammenspiel von Migrationspolitik, Politik der Kleinkindbetreuung und der Beschäftigung von Migrantinnen als Hausangestellte und Tagesmütter, welches mit der Geschlechtsspezifik staatsbürgerlicher Rechte in Verbindung gebracht wird. Der Beitrag, Teil einer im Jahre 2007 erschienenen größeren Studie „*Gendered Citizenship in Western Europe*“ (Lister u.a. 2007), stützt sich auf 300 qualitative Interviews mit in Privathaushalten beschäftigten Migrantinnen und ihren Arbeitgebern in Spanien und Großbritannien. Die Auswertung gibt nicht nur konkrete Einblicke in die Situation von Migrantinnen in Privathaushalten, sondern auch in die länderspezifischen Pfade der Verbindung von *care* und Migrationspolitiken. Am Beispiel von Großbritannien und Spanien werden zwei kontrastierende „Lösungen“ der Vereinbarkeitsproblematik heraus gearbeitet: Während in Großbritannien die Beschäftigung von Migrantinnen lediglich eine unter mehreren Möglichkeiten darstellt,

die Vereinbarkeitsproblematik zu „lösen“, da der englische Wohlfahrtsstaat eine Vielzahl privater marktförmiger Hilfen für Familien anbietet, sind Eltern in Spanien mangels fehlender Betreuungsstrukturen auf die Beschäftigung von Migrantinnen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie angewiesen.

Drei Artikel befassen sich mit dem Erbe sozialistischer Familien- und Gleichstellungspolitiken sowie mit den Ausprägungen der Vereinbarkeit in den Ländern Ost- und Mitteleuropas vor und nach der politischen Wende. In „*Welfare et socialisme: de certains concepts relatifs au genre*“³ suchen Dorottya Szikra und Dorota Szelewa nach einem neuen analytischen Rahmen, um wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Geschlechterpolitiken sozialistischer Länder vergleichen zu können. Sie greifen dabei auf Modelle vergleichender Wohlfahrtsstaatsforschung (Esping-Andersen), korrigiert durch feministische Kritik, zurück sowie auf Theorien zu staatsbürgerlichen Rechten von T. S. Marshall. Ihr theoretisches Angebot sind zwei geschlechtsspezifische Konzepte: Maternalismus und Familialismus, die an den Monografien über Ungarn und Polen erprobt werden.

Jacqueline Heinens Untersuchung, „*Les politiques familiales en Europe de l'Est: d'une époque à l'autre*“⁴, die vergleichend die Zeit vor und nach der Wende ins Auge nimmt, bietet reichhaltiges empirisches Material, um einen Einblick in die aktuellen Geschlechterbeziehungen, die sich aus dem sozialistischen Erbe entwickelt haben, zu verschaffen. Familienpolitik der kommunistischen Länder war geprägt von Diskrepanzen: universelle soziale Rechte zu Gunsten von Frauen einerseits, Beibehaltung der geschlechtsspezifischen privaten Arbeitsteilung andererseits. In keinem der

² „Migration und häusliche Kinderbetreuung in Europa: Fragen staatsbürgerlicher Rechte“

³ „Wohlfahrt und Sozialismus: über einige geschlechterrelevante Konzepte“

⁴ „Familienpolitiken in Osteuropa: Von einer Epoche zur anderen“

mittel- und osteuropäischen Staaten gab es ein Gesetz, das die häusliche Arbeitsteilung in Frage gestellt hat. Im Gegenteil, die Koexistenz von Gleichheitsprinzipien und separaten Geschlechterrollen hatte die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre verschärft, wodurch nach der Wende ein Rückfall in tradierte Geschlechterrollen erleichtert wurde. Die Bilanz ist ernüchternd: In keinem der ehemals kommunistischen Länder hat die soziale Transformation hin zur Marktökonomie zu mehr Wahlfreiheit und Autonomie für Frauen geführt.

Mit der Frage „*Vers l'émancipation?*“ richtet der dritte Beitrag über (ex-) sozialistische Länder den Blick auf die „Reproduktionspolitiken und die Situation von Frauen in China und Vietnam“⁵ vor und während des Übergangs von einer kommunistischen Planwirtschaft zur liberalen Marktwirtschaft (Isabelle Attané und Catherine Scornet). Reproduktionspolitiken in der kommunistischen Periode konnten je nach ihrer politischen Funktionalisierung emanzipativ oder repressiv auf die Situation von Frauen wirken: Emanzipativ als Befreiung der Frau aus der patriarchalischen Familie, restriktiv oder diskriminierend im Sinne der Malthus'schen Lehre von der Anpassung der Geburtenrate an die Subsiszenzmittel. Auch hier zeigen die Forschungsergebnisse ambivalente Entwicklungen auf. 50 Jahre Kommunismus hatte die Stellung der Frauen nur partiell verbessert. Beim Übergang zum Wirtschaftsliberalismus wurden und werden kommunistische Errungenschaften einer Gleichheitspolitik (die höchsten Frauenerwerbsquoten, allgemeine Schulbildung, ein geringer gender-gap in der Entlohnung) zur Disposition gestellt und eine Re-Traditionalisierung der sozialen Geschlechter-

rollen macht sich breit. Diese drei Beiträge zeigen die Grenzen einer an Gleichheit im öffentlichen Raum orientierten Politik auf, die die private geschlechtliche Arbeitsteilung nicht berücksichtigt.

Den Abschluss des Schwerpunktes bildet die Untersuchung „*Les politiques publiques au Brésil et l'articulation entre travail et famille. Une comparaison interrégionale.*“⁶ (Bila Sorj und Adriana Fontes). Anhand zweier sozial kontrastierender Regionalstudien wird die Wirkung unterschiedlicher Strategien zur Armutsbekämpfung durch Hilfen zur Vereinbarkeit auf die Autonomiebestrebungen von Frauen untersucht. Ergebnis der Studie ist, dass die Strategie, arme Familie (Adressaten sind die Frauen) mit monetären Transfers zu versorgen, eher den Klientelismus als die Autonomie von Frauen fördere, während die Strategie einer Politik forcierter Betreuung für Kinder aus armen Familien sich als erfolgreich erweise, denn sie erhöht die Müttererwerbstätigkeit, verringert dadurch die Armut der Familien und verschafft Frauen mehr Autonomie. Werden Frauen lediglich als *Mütter* adressiert seien – so die Studie – emanzipative Ergebnisse im Sinne von mehr Autonomie kaum zu erwarten. Denn erst die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern stellt ihre Naturalisierung für Familienaufgaben in Frage.

Der Erkenntniswert dieses Schwerpunktheftes der *Cahiers du Genre* liegt in der kritischen Perspektive auf das leidige Thema der *conciliation*, das international vergleichend mit unterschiedlichen methodischen Zugängen durchbuchstabiert wird. Wird die Vereinbarkeitsproblematik mit dem Ziel einer engeren Verknüpfung mit (zeit-)ökonomischen Anforderungen des Arbeitsmarktes bearbeitet, ergeben sich andere Forschungsergebnisse und Frage-

⁵ Der gesamte Titel heisst: „*Vers l'émancipation? Politiques reproductives et condition des femmes en Chine et au Viêt-Nam*“

⁶ „Politik der öffentlichen Hand in Brasilien und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein regionaler Vergleich“

stellungen, als wenn die transnationale Verteilung von Fürsorge (*care*), länderspezifische Pfade in der „Lösung“ von Vereinbarkeitsdilemmata oder die Ambivalenzen des Erbes sozialistischer Gleichstellungspolitik ins Visier genommen werden. Der Band zeigt eindrucksvoll die unterschiedlichen Vereinbarkeitsstrategien und ihre Abhängigkeit von länderspezifischen Geschlechterregimen.

Mechthild Veil

Juliane Karakayali: **Transnational Haushalten. Biographische Interviews mit care workers aus Osteuropa.** Wiesbaden: VS Verlag 2010, 336 S., € 39,95

In ihrer kürzlich erschienenen Dissertation behandelt Juliane Karakayali den Privathaushalt Pflegebedürftiger als Arbeitsplatz für transnationale Migrantinnen aus Osteuropa. Die Autorin schließt an Forschungsarbeiten zum Phänomen der transnationalen Redistribution von Fürsorgearbeit an und leistet damit einen Beitrag zur weiteren Erforschung des Gegenstandes.

Im Mittelpunkt ihrer Analyse stehen die subjektiven Deutungen der Migrantinnen in Bezug auf ihre Arbeit. Diese rekonstruiert die Autorin anhand der Analyse von 14 biographischen Interviews, die sie entsprechend den von Gabriele Rosenthal formulierten Auswertungsschritten für die biographische Fallrekonstruktion (Analyse der biographischen Daten, Text- und thematische Feldanalyse, Rekonstruktion der Fallgeschichte, Feinanalyse einzelner Textstellen, Kontrastierung der erzählten mit der erlebten Lebensgeschichte, Typenbildung) bearbeitet. Karakayali entfaltet eine theoretische Perspektive, die an Intersektionalität als heuristischem Instrument anknüpft und damit den Blick öffnet für die Bedeutung des privaten Haushalts als Aus-

handlungsarena sozialer Positionierungen, die durch das Zusammenwirken von Geschlecht, Klasse und Ethnizität konstituiert werden.

Zu diesem Szenario asymmetrischer Machtverhältnisse gehört, dass die Migrantinnen, die die Fürsorgearbeit übernehmen, diese Tätigkeit unabhängig von ihrer beruflichen Qualifikation und ihrem sozialen Status in ihren Herkunftsländern ausüben. Denn diese Frauen, die aus Bulgarien, Litauen, Polen, Ungarn und Rumänien kommen, verfügen alle über verschiedene Ausbildungen (z.B. als Krankenschwester, Tourismuskaufrfrau), einige von ihnen haben sogar einen Hochschulabschluss in ihren Herkunftsländern erworben (z.B. als Journalistin, Psychologin). Mit der Beschäftigung als care workers gehe für sie die Erfahrung unterschiedlicher, zum Teil widersprüchlicher sozialer Positionierungen einher, die durch eine berufliche Dequalifizierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Chancen auf Erwerbsarbeit in einem unteren Arbeitsmarktsegment gekennzeichnet ist.

Dementsprechend liegt das Erkenntnisinteresse der Untersuchung in der Frage nach den Handlungsstrategien, die diese Migrantinnen unter den spezifischen, meist prekären Arbeits- und Lebensbedingungen z.B. die permanente Verfügbarkeit und die entgrenzten Arbeitszeiten, in Auseinandersetzung mit den vergeschlechtlichten und ethniserten Platzierungen, die sie erfahren, entwickeln.

Karakayali beschreibt in ihrer Studie, wie regulär und irregulär arbeitende Migrantinnen aus Osteuropa mit ihren Beschäftigungsverhältnissen die Effekte der Transformationsprozesse (so wurden z.B. Arbeitsbereiche, in denen viele Frauen arbeiteten, wie der öffentliche Dienst überproportional von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen) in ihren Herkunftsländern ausgleichen. Darüber hinaus verdeutlicht die Autorin mit ihrer Ana-

lyse, wie verschiedene Politiken der Regulierung bzw. Nicht-Regulierung dieses Arbeitsmarktes biographisches Handeln beeinflussen. In diesem Rahmen widerlegen die Befunde der Untersuchung die Annahme, dass die Beschäftigung unter regulären Bedingungen mit einer Verbesserung der Arbeitssituation der care workers einhergehen würde. Ferner lässt sich nach Karakayali feststellen, dass der Aufenthaltstatus für die subjektive und objektive Selbstverortung der Frauen nicht ausschlaggebend zu sein scheint.

Ein Novum stellt die von der Autorin auf der Grundlage der biographischen Interviews erarbeitete Typologie dar. Diese systematisiert die transnationalen Migrationserfahrungen der care workers entlang der Frage nach deren Selbstpositionierungen innerhalb vergeschlechtlichter und ethnisierter Arbeitsverhältnisse und der subjektiven Sinngebung und Bewertung ihrer Arbeit.

Ein erster Typus zeichnet sich durch die Erfahrung der Arbeit im Privathaushalt als Dequalifizierung aus. Aufgrund der starken Orientierung an der erlernten Profession wird der Tätigkeit als care worker kein subjektiver Sinn verliehen. Vielmehr deutet dieser Typus die strukturelle Dimension der individuell erlebten Situation als ethnische Diskriminierung. Dagegen entwickeln die Fälle des zweiten Typus ein pragmatisches Verhältnis zu der Arbeit als care worker und betrachten diese als Passage zu einer möglichen transnationalen Berufskarriere oder als Möglichkeit, finanzielle Ressourcen zu akkumulieren, um eine Statuserhöhung im Herkunftsland zu erreichen. Dabei stellt bei diesem Typus eine ausgeprägte berufliche transnationale Orientierung eine wichtige Ressource zur biographischen Integration der Tätigkeit als care worker dar. Bei dem dritten Typus besteht keine berufliche Orientierung, aufgrund derer die Arbeit im Privathaushalt als Statusverlust zu interpretieren

wäre. Die Tätigkeit erfüllt den Zweck, die Bedingungen eines biographischen Neuanfangs zu erfüllen. Ein vierter Typus zeichnet sich durch das Leiden an den konkreten Bedingungen der Arbeit als care worker aus, aber nicht mit dem Gefühl der Dequalifizierung, denn die Fälle dieses Typus weisen vielfältige Erfahrungen im Niedriglohnssektor der Herkunftsländer auf und betrachten die Arbeit vor allem im Kontext der ökonomischen Optionen, die damit eröffnet werden.

In der Analyse der Interviews wird das komplexe Zusammenwirken der Strukturkategorien Geschlecht, Ethnizität, Klasse und Staatsangehörigkeit herausgearbeitet, welches die Delegierung von care work an haushaltsfremde Frauen als eine Form der Reorganisation sozialer Ungleichheit erkennen lässt.

Insgesamt gelingt es der Autorin, in den Biographien der interviewten Frauen zu rekonstruieren, wie sich Formen transnationaler Lebensführung mit Selbstpositionierungsprozessen angesichts eines ethniserten und vergeschlechtlichten Migrationsregimes und den politischen und rechtlichen Kontextbedingungen der Beschäftigung als care worker verschränken.

Karakayali hat eine genaue Analyse vorgelegt, die die Perspektive der migrantischen care workers hervorhebt und dadurch neue Erkenntnisse ermöglicht. Damit hat sie einen längst überfälligen Impuls gesetzt, auch die vielfältigen Perspektiven derjenigen, die die Versorgungslücke in der häuslichen Pflege füllen, in die Debatte um transnationale Migration und care work mit einzubeziehen. Es ist der Arbeit zu wünschen, dass sie nicht nur von der Frauen- und Geschlechterforschung, sondern ebenso von der Migrations- und Biographieforschung mit Interesse aufgenommen wird.

Maria Teresa Herrera Vivar

Sigrid Metz-Göckel, A. Senganata Münst, Dobrochna Kalwa (2010): **Migration als Ressource. Zur Pendelmigration polnischer Frauen in Privathaushalte der Bundesrepublik.** Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 366 S., € 29,90

Dieses Buch handelt von einem „öffentlichen Geheimnis“ (11), dem prekären und temporären Arbeitseinsatz pendelnder Migrantinnen in deutschen Privathaushalten. Eines der größten Wohlstandsgefälle der Welt verläuft mitten durch die Europäische Union, und seit dem epochalen politischen Umbruch 1989 sind es vielfach Frauen aus dem Gebiet des ehemaligen Ostblocks, die aufbrechen, um das zu beheben, was Birgit Geissler als Dienstleistungslücke der Haushalte in Deutschland gekennzeichnet hat. Niemand kennt die genaue Anzahl der Haushaltsarbeiterinnen aus anderen Ländern, die heute dort in die Bresche springen, wo es Familien aus eigener Kraft nicht schaffen, ihre alten Angehörigen allein zu versorgen, wo Kinder betreut und Wohnungen geputzt werden müssen. Aber so gut wie alle kennen solche Haushaltsarbeiterinnen persönlich oder vom Hörensagen: Diese Frauen sind gesellschaftlich so unsichtbar wie unentbehrlich. Allmählich werden sie durch eine expandierende empirische Sozialforschung zu ihrer Lebens- und Arbeitssituation besser sichtbar gemacht, so auch durch diese Studie.

In einer qualitativen Untersuchung wurden 41 polnische Transmigrantinnen, die vorwiegend im Ruhrgebiet in der Betreuung alter Menschen und als Reinigungskräfte in privaten Haushalten arbeiten, aber in Polen weiterhin ihren Lebensmittelpunkt haben, im Rahmen eines von der VW-Stiftung finanzierten deutsch-polnischen Kooperationsprojekt (2004–2007) interviewt. Alle Haushaltsarbeiterinnen waren in einer Grauzone zwischen Öffentlichkeit und Privatheit beschäftigt, ungeschützt, nirgends

offiziell erfasst, ohne Lohnsteuerkarte und Sozialversicherung. Im Zentrum der Studie standen Fragen nach ihrer Lebensführung in den beiden Ländern, nach den Arbeitsbedingungen und den Auswirkungen für die eigenen Haushalte in Polen ebenso wie die Rolle von Netzwerken und früheren Zuwanderungen von Polen für die aktuelle Migration ins Ruhrgebiet. Die makrostrukturellen Kontextbedingungen bildeten einen weiteren Fokus der Untersuchung. Eine Besonderheit des methodischen Zugangs bestand darin, Frauen sowohl in Deutschland als auch in Polen zu befragen und damit eine zweifache Perspektive einzunehmen.

Wer sind diese Haushaltsarbeiterinnen? Es sind vorwiegend gut gebildete, mehrheitlich ältere Frauen mit einer starken Persönlichkeit, die sich die Pendelmigration in fremde Haushalte zutrauen (25). Viele sind Mütter meist älterer Kinder in Polen. Ansonsten ist das Sample heterogen, was die Arbeitszeiten und -formen sowie die Dauer der Migrationserfahrung, ebenso was die Orte des konkreten Arbeitseinsatzes betrifft. Die mit der Betreuung alter oder behinderter Menschen beauftragten Frauen arbeiten typischerweise als sog. live-ins und stehen quasi rund um die Uhr an einem Ort zur Verfügung, während die häuslichen Reinigungskräfte bis zu zehn Auftraggeberhaushalte putzen und entsprechende Wegstrecken bewältigen und Organisationsleistungen erbringen müssen. Einige der interviewten Frauen pendeln schon seit 15 Jahren nach Deutschland, andere erst seit zwei Monaten. Solche Unterschiede – das machen die zahlreichen Fallschilderungen deutlich – sind oft der Unterschied ums Ganze für die Erfahrungen der Frauen, denn meist steckt der Teufel der Lebensführung und Arbeitsbedingungen im Detail, dort, wo informelle Absprachen und persönliche Beziehungen an die Stelle von formellen Arbeitsverträgen treten.

Die Studie zeigt, dass die polnischen Haushaltsarbeiterinnen in Deutschland zwar objektiv deklassiert werden, aber dass es auch ihre kulturelle Übereinstimmung im Verständnis von Hausarbeit mit Blick auf die Standards von Reinigen, Pflegen, Kochen und soziale Beziehungsfähigkeit ist, was sie als Arbeitnehmerinnen hierzulande so attraktiv macht. Familiarisierung nutzen die Frauen als Strategie, die Unterschiede zwischen ihrem Arbeitsplatz und dem eigenen Haushalt, aber auch, um soziale Ungleichheit zu verwischen.

Besonders interessant ist die Beobachtung, dass die polnischen Haushaltsarbeiterinnen ihr „Leben auf der Schaukel“ (64) mithilfe des Rückgriffs auf die Ressource der steten weiblichen Belastbarkeit bewältigen. Ihre provisorische Existenz, die keine biographische Planung zulässt, wird für die Frauen erträglich durch das Gefühl, umfassend und dringend gebraucht zu werden – sowohl von den Menschen, die sie in Deutschland versorgen, als auch von den Angehörigen zu Hause, die nicht nur auf die Finanzierung des Überlebens, sondern zum Beispiel auch einer teuren Hochzeit seitens der Mutter warten. Das häusliche Matriarchat in Polen (beschrieben im Beitrag von Dobrochna Kalwa), das Frauen auf die Familie verpflichtet, ihnen innerhalb des Haushalts aber auch Macht verleiht, wird durch die Migration nicht etwa in Frage gestellt, sondern eher erhöht, wenn die Frauen ihre beachtlichen Leistungen als Erfolgsgeschichte schildern, mitunter mit heroischen Untertönen und der „rhetorischen Figur der Selbstaufopferung“ (164). Die Studie wirft auch wichtige Fragen auf, die über die konkreten empirischen Ergebnisse hinausweisen, z.B. ob die feministische Globalisierungs- und Migrationsforschung die geschlechtliche Arbeitsteilung in Haushalten reifiziert (im Beitrag von A. Senganata Müntz) (178) und warnt zu Recht vor allzu einfachen und schnellen Verallgemeinerungen.

Kritisch anzumerken ist, dass dem Buch ein weiterer redaktioneller Durchgang gut getan hätte, um manches zu straffen, Wiederholungen zu vermeiden und ärgerliche kleine Fehler wie nicht übereinstimmende Jahreszahlen zwischen manchen Literaturangaben im Text und in den Literaturlisten zu verbessern. Es ist aber eine lohnende Lektüre, denn es liefert mit vielen interessanten Details und wichtigem Hintergrundwissen zur polnischen Geschichte und Gesellschaft einen weiteren wichtigen Mosaikstein zum langsam sichtbar werdenden, komplexen Tableau der bezahlten und unbezahlten häuslichen Arbeit im neuen Europa.

Maria S. Rerrich

Anke Sawahn: **Die Frauenlobby vom Land. Die Landfrauenbewegung in Deutschland und ihre Funktionärinnen 1898-1948.** Frankfurt a.M.: DLG Verlag 2009, 688 S., € 34,90.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lebte ein überwiegender Teil der deutschen Bevölkerung „auf dem Land“. Landwirtschaftliche Arbeitsabläufe prägten das Alltagsleben. Trotzdem waren die Zusammenschlüsse von Landfrauen in landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen bisher kaum Gegenstand der Forschung. Hier schließt Anke Sawahn mit ihrer Dissertation eine Lücke. Anhand von insgesamt 21 biographischen Porträts führender Vertreterinnen der Landfrauenbewegung untersucht sie deren Ziele und Strategien in einer politisch wechselvollen Zeit mit tiefgreifenden Umwälzungsprozessen. Ein Fluchtpunkt ist hierbei die Frage nach der Rolle der Landfrauen im Nationalsozialismus und inwieweit biographische Hintergründe und politische Prägungen zu ihrer Verstrickung in das NS-System führten.

Aufbau, Strukturen und gesellschaftspolitische Bedingungen der Vereinsarbeit auf Reichsebene werden im ersten Teil in den Blick genommen. Anhand von Biographien aktiver Frauen in der Führungsspitze – allen voran die Begründerin Elisabeth Boehm – arbeitet Anke Sawahn die Doppelstrategie der Landfrauen heraus, die in den Bemühungen um eine Anschlussfähigkeit zu den männlich dominierten Organisationen der Landwirte einerseits und der Orientierung an städtischen Frauenorganisationen andererseits bestand. Dies zeigt die pragmatische Ausrichtung des Verbandes und weist auf eine Selbstverortung der Akteurinnen weniger als „Revolutionärinnen“ denn vielmehr als „Lobbyistinnen“ hin. Dabei bedienten sich die Frauen neuester medialer Möglichkeiten wie Presse, Rundfunk und Film, um eine zielorientierte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, die in der Untersuchung auch unter medienhistorischen Aspekten mitreflektiert wird. Die Idealisierung des ländlichen Raums – Anke Sawahn bezeichnet dies als „Agraromanie“ – war neben der gesellschaftlichen Bedeutung, die der Agrarwirtschaft beigemessen wurde, eine Resonanzfläche, die den Landfrauen eine unterstützende Öffentlichkeit sicherte. Auch wenn der Landfrauenverband vorgab, keine politischen oder gar feministischen Ziele zu verfolgen, schuf er eine wichtige Voraussetzung für frauenpolitische Arbeit; er legitimierte Möglichkeiten der (gemeinschaftlichen) Betätigung außerhalb des Hauses. Herausgearbeitet wird die Ambivalenz der Verbandsarbeit: Die Forderungen nach Anerkennung der Landfrauenarbeit als Beruf und nach Professionalisierung der Arbeit zielte auf gesellschaftliche Aufwertung und Verbesserung der Lebensbedingungen, schrieb aber auf diese Weise auch klassische Geschlechterrollen fest.

In einer Detailaufnahme am Beispiel der Provinz Hannover wird im zweiten

Teil die verbandspolitische Arbeit auf regionaler Ebene untersucht. Die ersten Vereine gründeten sich hier während des Ersten Weltkrieges. Erster wie auch Zweiter Weltkrieg wirkten als Motor für die Landfrauenbewegung: Die kriegsbedingten Notlagen machten die Arbeit der Landfrauenvereine für die Gesellschaft unentbehrlich, erweiterten ihre Möglichkeiten und ihr Ansehen. In biographischen Porträts wird die Verknüpfung individueller Lebensentwürfe mit ländlichen Sozialstrukturen und gesellschaftspolitischen Bedingungen aufgezeigt. Vor diesem Hintergrund werden Handeln der Akteurinnen und politische Aushandlungsprozesse interpretiert. Hervorzuheben ist, dass die vorgestellten Frauen meist im städtischen Raum sozialisiert wurden und sich doch für die Interessen der Landfrauen einsetzten. Sie verfügten somit nicht über eine Verwurzelung im sozialen Milieu ihres Wirkungskreises, sondern über eine bürgerliche bzw. adlige Prägung, die sie zu ihrer Vereinstätigkeit befähigte. Bäuerinnen kleinerer Höfe hatten, wie Anke Sawahn hervorhebt, meist weder Zeit noch Bildung für eine Vereinstätigkeit in leitender Position. Es seien Frauen einer weiblichen „Land-Elite“ gewesen, die sich in den Landfrauenvereinen engagierten. Deutlich werden anhand des regionalen Beispiels die Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Frauen. So setzte Else Wex, Vorsitzende des Lüneburger Vereins, deutliche frauenpolitische Schwerpunkte und den Anschluss „ihres“ Verbandes an den Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung, den „Bund Deutscher Frauenvereine“ durch.

Mit 12 Porträts sind die biographischen Beschreibungen im dritten Teil am vielfältigsten. Die Perspektive wird hierbei durch Biographien von Publizistinnen im „Dienst“ der Landfrauen auf die propagandistische Identitätsstiftung nach innen und außen erweitert. Im Mittelpunkt

stehen die Verstrickungen der Landfrauen mit dem NS-System. Weil sie sich staatliche Anerkennung erhofften und von der Idee der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ begeistert waren, stimmten die Landfrauenverbände 1933 bereitwillig der Eingliederung in den „Reichsnährstand“ zu. Die Erwartungen schienen sich zu erfüllen: Im Nationalsozialismus boten sich für Frauen „vom Land“ neue Möglichkeiten. Die Doppel-Stilisierung der Bäuerin zur Mutter von „rassenreinem“, „gesunden“ Nachwuchs und zur Erzeugerin von landwirtschaftlichen Produkten für die angestrebte wirtschaftliche Autarkie bot Identifikationspunkte, beinhaltete Aufwertungen, aber ebenso neue Belastungen. Die Verbandsarbeit war geprägt von dem Wechselspiel zwischen Anpassung, Profitieren, Begeisterung, ideologischer Überformung und Indienstnahme. Die Arbeit bestätigt damit neuere Forschungsergebnisse zur Partizipation von Frauen im Nationalsozialismus. Die Feststellung, dass sich die Landfrauen instrumentalisieren ließen, mag banal erscheinen. Die Qualität der Arbeit liegt aber darin, die Wege der vielfach national konservativ geprägten Frauen zum Nationalsozialismus, ihre Motivationen und ihr Handeln im Kontext ihrer sozialmoralischen Milieus nachzuzeichnen. Hervorzuheben ist die konsequente Weiterführung der Biographien bis in die Nachkriegszeit, wodurch Einblicke in Erfahrungen und Strategien der Frauen gegeben werden, aber auch in die Entnazifizierung durch die Alliierten und in Integrationsprozesse der frühen Bundesrepublik. Eine Aufarbeitung und Distanzierung der Landfrauen von ihrer NS-Vergangenheit blieb aus.

Auf der Basis einer Vielzahl von Quellen – auch bisher nicht erschlossenen, wie privaten Nachlässen und Briefen – werden in der Arbeit neue Perspektiven handlungsleitender Erfahrungen und Prägnungen von Frauen im ländlichen Raum

eröffnet. Kritisch anzumerken ist, dass Bewertungskategorien – wie z.B. „politisch borniert“ – nicht immer klar sind. Die Erwähnung der im Text vorgenommenen Untergliederungen im Inhaltsverzeichnis würde der Leserin zudem die Orientierung erleichtern. Das Verdienst der Arbeit ist jedoch, Frauenleben einer ländlichen Elite mit ihren Widersprüchlichkeiten, Anpassungsprozessen, aber auch biographischen Vielschichtigkeiten und emanzipatorischen Aufbrüchen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sichtbar zu machen. Ebenso werden frauenspezifische, zeittypische Wahrnehmungen und Erfahrungen mit dem Hinweis auf eine notwendige geschlechtsspezifische Erweiterung des Generationenmodells in den Vordergrund gerückt.

Wiebke Lisner

Birgit Riegraf, Lydia Plöger (Hrsg.): **Gefühlte Nähe – Faktische Distanz: Geschlecht zwischen Wissenschaft und Politik.** Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung auf die „Wissengesellschaft“. Opladen: Verlag Barbara Budrich 2009, 211 S., € 19,90

In diesem Sammelband, der die Vorträge einer Tagung an der Universität Bielefeld zum Spannungsverhältnis zwischen Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik dokumentiert, geht es um deren durch die Frauenbewegung entstandene Nähe, aber inzwischen auch unübersehbare Distanz zueinander. Mit der Feststellung in ihrem Vorwort: „Strukturen geraten nicht von allein in Bewegung; auch Widersprüche drängen nicht allein auf Veränderungen und neue Lösungen“ weisen Lydia Plöger und Birgit Riegraf darauf hin, dass im Sinne der Frauenbewegung und der Geschlechtergerechtigkeit in bei-

den Bereichen noch viel zu tun bleibt. Als Beitrag zu diesem Ziel werden mit dem vorliegenden Band bisherige Konzepte und neue Verknüpfungen zwischen Wissenschaft und Politik einer breiteren Diskussion zugänglich gemacht.

Geschlechterpolitik und Frauenbewegung haben hier neben der Geschlechterforschung insofern Gewicht, als ca. die Hälfte der Beiträgerinnen, mehrheitlich Vertreterinnen der Geschlechterforschung, auch über Erfahrungen in der Gleichstellungspolitik sowie der Frauenbewegung verfügt. Alle Beiträge dieses Bandes beziehen sich explizit auf das gemeinsame Thema: das oft schwierige Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik und auch Frauenbewegung. In einigen von ihnen werden Erkenntnisse aus anderen theoretischen oder eher angewandten Zugängen zu Sozialwissenschaften auf die Geschlechterforschung hin reflektiert. So unterscheidet *Heike Kahlert* nach Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Verwendungsforschung (52) unter wissenssoziologischer Perspektive eine institutionelle, berufliche und alltägliche Verwendung von Erträgen der Frauen- und Geschlechterforschung in der Gleichstellungspolitik (54) und beschreibt die Einflüsse „auf gleicher Augenhöhe“ zwischen Frauen- und Geschlechterforschung sowie Gleichstellungspolitik (62) als reflexive Verwissenschaftlichung, die „näher auszuleuchten“ (63) wäre. *Angelika Wetterer* erarbeitet für solche Diskussionen eine wissenssoziologisch fundierte Unterscheidung von wissenschaftlichem Geschlechterwissen, Gender-Expertise und alltagsweltlichem Geschlechterwissen (83 ff.), die in ihren jeweils spezifischen Handlungszusammenhängen gelten und anerkannt sind (95 f.). Legen diese beiden Verfasserinnen Klassifikationen für weitere Untersuchungen bzw. präzisere Diskussionen zwischen Geschlechterforschung und Geschlechterpolitik vor, so plädieren andere für die Verwendung von wissenschaftlichen Erkennt-

nissen für praktische Perspektiven zwischen Geschlechterforschung und -politik: *Birgit Riegraf* zieht Erkenntnisse der Organisationssoziologie heran (76), um eine Kooperation zwischen Erfahrungswissen über Machtstrukturen in Organisationen und feministischem wissenschaftlichem Wissen zu fordern – mit dem Ziel kontextbezogener Forschung sowie Konzepten für die Praxis (78). Und *Regina Harzer* begründet aus Erkenntnissen zu Unterprivilegierungen in Rechtsverhältnissen ihre Forderung nach „Gender Justice“ (189 f.) unter Verwendung von Wissen vor allem aus der Geschlechterforschung.

Im Gegensatz zu diesen wissenschaftlich begründeten Zugängen knüpfen andere Verfasserinnen an ihre Erfahrungen in Gleichstellungspolitik, Frauenbewegung und Geschlechterforschung an. So fordert *Sigrid Metz-Göckel* als erfahrene „Grenzgängerin zwischen der Geschlechterforschung und einer gleichstellungsorientierten Hochschulpolitik“ (25) eine „Angewandte Geschlechterforschung“ (24) unter Nutzung des Wissens der Gleichstellungsbeauftragten als Schlüsselfigur zwischen beiden Bereichen (31). *Regina-Maria Dackweiler* betont den Stellenwert von „Durchführerinnen“ in der Frauenbewegung (121) insbesondere in den sozialen Diensten (120 f.) neben „Durchblickerinnen“ in der Geschlechtertheorie und „Durchsetzerinnen“ in der gleichstellungspolitischen Praxis (116 f.). Sie fordert deren Kooperation für gemeinsame Ziele bei Anerkennung von Differenzen – im Sinne „transversaler Politik“ als Zusammenschluss unterschiedlicher Strömungen der Frauenbewegung (123, 127 f.). *Katharina Gröning* sieht, dass die Entfremdung der Gleichstellungspolitik gegenüber Geschlechterforschung und Frauenbewegung durch die Anpassung der Gleichstellungsbeauftragten an die Verwaltungswirklichkeit und Diskriminierungen in den männerdominierten Hierarchien begründet ist

(149, 160). Dem gegenüber konstatiert *Susanne Baer* zwar, dass es bei gleichstellungsfeindlichen Einstellungen in Wissenschaft und Politik vor allem um die Bewahrung klarer Geschlechterdifferenzen geht (137). Dennoch plädiert sie dafür, das „Risiko des Dialogs“ (145) zur gegenseitigen Befruchtung von Wissenschaft und Politik – trotz der von Wetterer festgestellten je unterschiedlichen Wissensformen (142) – immer wieder zu suchen (144). In diesem Sinne betont *Claudia Neuss* aus ihren besonderen Erfahrungen zwischen Wissenschaft und Beratung, dass für feministische Gesellschaftstheorie wie gesellschaftliche Praxis gelten sollte: „Forschend befragen, nicht (be-)werten, Unterschiede aushalten lernen“ (168). Wichtiger als die Schaffung eines feministischen Kollektiv-Subjekts sind für sie Lern- und Begegnungsorte, an denen Unterschiede zwischen Frauen sowie zwischen Frauen und Männern wahrgenommen, anerkannt und mit Lernen voneinander verbunden werden (174f., 169).

Knüpfen also die einen an Erkenntnisse aus sozialwissenschaftlichen Bereichen, die anderen an Erfahrungen zwischen feministischer Wissenschaft und Geschlechterpolitik sowie der Frauenbewegung an, um Diskussionen vor allem zwischen Geschlechterforschung und Gleichstellungspolitik zu präzisieren sowie entsprechende Forschung und Konzepte für die Praxis anzuregen, so zeigt *Sabine Hark*, dass eine theoretische Perspektive den Dialog mit Gleichstellungspolitik und Frauenbewegung von sich aus nahe legen kann. Sie betont, dass Queer-Theorie auf die soziale Konstruiertheit und damit Machtbezogenheit von Gender sowie auch von Sex, Sexualität und Begehren verweist (103). Damit dienen Gleichstellungspolitiken immer der Teilhabe an, aber tendenziell auch der Unterwerfung unter Machtstrukturen (107). Recht garantiert Freiheit, die jedoch als politische Partizipation Verschiedener

z.B. auch durch soziale Bewegungen gestaltet werden muss (110, 111f.). Aus dieser geschlechtertheoretischen Sicht also wird Frauenbewegung ein notwendiger Hintergrund von Gleichstellungspolitik, und alle drei Bereiche stehen in dynamischer Wechselbeziehung zueinander.

In ihrer Nachlese zu diesen Beiträgen gibt *Ursula Müller* wichtige Ausblicke auf notwendige Analysen von Abgrenzungen und neuen Überschneidungen in den Entwicklungen des unterschiedlichen Wissens in Wissenschaft, Politik und Bewegung (199ff.). Ebenso notwendig ist für sie „die ständige Miterschaffung anerkennender Kontexte“ (204) – letztlich in der Kritik patriarchaler Verhältnisse, auf die *Andrea Löther* in ihrem Statement hinweist (20).

Der Ertrag dieses Bandes ist die sorgfältig zusammengestellte Dokumentation eines inhaltlich vielseitigen sowie theoretisch reflektierten Stands feministischer Diskussion zu Beziehungen zwischen Geschlechterforschung, Geschlechterpolitik und Frauenbewegung, der von einer ungebrochenen, ermutigenden Lebendigkeit dieser wissenschaftlichen sowie politischen Bereiche zeugt. Die verständlich präsentierten Analysen sind durchweg auf den Dialog zwischen allen drei Bereichen hin angelegt. Diese Dokumentation kann als Orientierung und Anregung nicht nur für Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen in diesem Bereich, sondern auch für Außenstehende dienen, die sich über Beziehungen zwischen Geschlechterforschung, Geschlechterpolitik und Frauenbewegung heute informieren möchten.

Ulrike Vogel

Gundula Ludwig, Birgit Sauer, Stefanie Wöhl (Hrsg.): **Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie.** Baden-Baden: Nomos 2009, 217 S., € 29,00

Mit dem 28. Band der Nomos-Reihe ‚Staatsverständnisse‘ entdeckt auch einer der gender-resistentesten Teilbereiche der (deutschsprachigen) Politikwissenschaft eine Debatte, die seit mehr als 20 Jahren vor allem in den USA und Westeuropa lebhaft geführt, außerhalb ihrer eigenen Diskussionszusammenhänge jedoch wenig rezipiert wird: Feministische Staatstheorie. Wie zäh sich dieser Prozess gestaltet, zeigt sich an Themen, HerausgeberInnen und AutorInnen der Reihe insgesamt. Im zehnten Jahr der Reihe versammelt der Band ‚Staat und Geschlecht‘ erstmals ausschließlich Autorinnen. Diese haben Grundlegendes zur Staatstheoriedebatte beizutragen. Alle drei Herausgeberinnen und viele der Autorinnen sind am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien verortet, das sich nicht zuletzt durch die Arbeit eben dieser Theoretikerinnen seit Jahren als Zentrum der deutschsprachigen Staatstheorie-Debatten profiliert.

Nach einer ebenso kompakten wie aufschlussreichen Erörterung der „Grundpfeiler feministischer Theoretisierungen des Staates“ (14) gliedert sich der Sammelband in einen ersten Teil zu Grundlagen feministischer Staatskritik (Gabriele Wilde, Elisabeth Holzleithner, Birgit Sauer, Eva Kreisky/Marion Löffler und Gundula Ludwig) und in einen zweiten Teil mit Beispielen zu aktuellen Herausforderungen in diesem Feld (Gülay Çağlar, Stefanie Wöhl, Sabine Lang, Alexandra Scheele, Susanne Schultz und Friederike Habermann). Damit wird das Thema zwischen erkenntnistheoretischem Interesse, politikwissenschaftlicher Begriffsarbeit und politischer Kritik“ entfaltet und in seiner

Entwicklung zu einem eigenständigen Feld im Spannungsfeld zwischen Frauenbewegung und feministischer (Politik-) Wissenschaft nachgezeichnet. Mit diesem durchwegs gut lesbaren Sammelband wird die deutsch- und englischsprachige Debatte darüber, wie konstitutiv Geschlechterverhältnisse für Staatsverhältnisse (und vice versa) sind, verdichtet dargestellt und in Form des bei Nomos erschienenen Bandes gezielt ‚an den Mainstream‘ der Staatstheorie-Debatte gerichtet. Diese Ausrichtung ist ein großes Verdienst im Sinne einer immer wieder zu leistenden feministischen Intervention in die Kanonisierungen androzentrischer (Staats-)Theorie. Das Buch stellt insgesamt eine gelungene Einführung in die Grundlagen, Herausforderungen und Perspektiven feministischer Theoretisierungen von Staat dar.

Perspektiven wie jene von Kreisky/Löffler über staatlichen Maskulinismus und Männerbünde oder von Wilde über Carol Patemans Kritik an neuzeitlichen Vertragstheorien und dem ihnen inhärenten geschlechtsspezifischen Unterwerfungsvertrag gelten innerhalb feministischer Diskussionszusammenhänge bereits als ‚Klassiker‘. Diese Texte stellen unverzichtbare Grundlagen feministischer Staatstheorie dar, die gar nicht oft genug ausbuchstabiert werden können. Die Beiträge von Sauer im ersten Abschnitt zu Staatlichkeit und Geschlechtergewalt sowie zur Transformation von Staatlichkeit und daraus (nicht) erwachsenden Chancen für Geschlechterdemokratie sowie im zweiten Abschnitt Teile der thematisch breit gefächerten Beispiele aus Ökonomiekritik und Global Governance-Forschung (Çağlar), feministischer Rechtswissenschaft (Holzleithner), Wohlfahrtsstaatsdebatte (Scheele) oder Reproduktionspolitik (Schultz) flechten aktuelle Transformationen in die zuvor erörterten Grundlagen ein. Die beiden gouvernementalitätstheoretisch basierten Beiträge zu neoliberaler Europapolitik

(Wöhl) und vergeschlechtlichter Subjekt-konstitution im modernen Staat (Ludwig) verweisen auf eine weitere Dimension von Staatlichkeit, wenn sie diskutieren, wie wir als vergeschlechtlichte Subjekte regiert werden – und uns selbst regieren – und was dies wiederum für Auswirkungen auf den Staat hat.

Die Beiträge zeigen ein breites Spektrum an Argumenten auf, warum feministische Kritik für die Grundlagen moderner Staatstheorie ebenso unverzichtbar ist wie die Auseinandersetzung mit Staat für die feministische Bewegung. Im Überblick zeigt sich aber auch, dass Staatstheorie nicht nur ein androzentrisches, sondern auch ein eurozentrisches Unterfangen ist. Letzteres gilt zum Teil auch für die hier versammelte feministische Staatstheorie, deren eigene Rezeptionspraktiken vom anglo-amerikanischen Feld feministischer Theoriebildung und kritischer Staatstheorie bzw. seiner europazentrierten und in diesem Falle deutschsprachigen Adaption dominiert sind. Dass der moderne Nationalstaat in Praxis und Theorie eine europäische Erfindung ist, spiegelt sich seit seinen Anfängen auch in seiner Theoretisierung. Dieser Konstante kann sich auch feministische Kritik in EuroAmerika (damit wird in Teilen postkolonialer Theorie historisch und politisch benannt, was ansonsten vermeintlich neutral unter ‚Westen‘ verstanden wird) nicht von heute auf morgen entledigen. Sie muss sie sich ihrer ebenfalls bedienen, wenn sie die Kanonisierung der Staatstheoriendebatte aktiv mit gestalten will.

An einzelnen Beiträgen (z.B. Lang zum Strukturwandel transnationaler Frauenbewegung im Kontext internationaler Staatlichkeit oder Habermann zu Staatlichkeit und Intersektionalität) wird durchaus explizit auf die globale Ebene verwiesen, auf der sich nicht nur internationale Politiken, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden Theoretisierungen des Politischen be-

wegen. Implizit geschieht das auch in den Beiträgen etwa von Sauer oder Çağlar. Doch gehen die jeweiligen Passagen oft nicht weit genug, um die enge Verflechtung von Patriarchat und Heteronormativität nicht nur mit der Entwicklung von Kapitalismus und seinen jüngsten Spielarten, sondern auch mit der imperialen Konstellation asymmetrischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse auf globaler Ebene sichtbar zu machen. Diese Dimension ist es, für die die Entwicklung des modernen Nationalstaats eine zentrale Voraussetzung darstellt, und die für diesen wiederum konstitutive Möglichkeitsbedingungen bereitstellt. Staatstragende Theoriebildung ist eben keineswegs nur eine maskulinistische und heteronormative Angelegenheit, sondern auch eine weiße, eine eurozentrische und nicht zuletzt eine imperiale. Kraftvolle Kritik an ihr muss dementsprechend auch weiterhin die ihr zugrunde liegenden Kategorien schärfen und den Blick für weitere öffnen. Dazu ist feministische Staatstheorie mitunter besser in der Lage als nicht-feministische Zugänge, wie es auch der vorliegende Band zeigt. Die Staatstheoriediskussion ist letztlich aber nicht die universelle, die sie seit ihren Anfängen zu sein vorgibt, sondern eine partikuläre – wie feministische Staatstheorie seit Jahrzehnten überzeugend argumentiert. Partikular ist sie aber eben nicht nur in Bezug auf ihr Geschlecht. Wer heute in EuroAmerika von Staat spricht und diesen theoretisiert, denkt in erster Linie an jene geopolitischen Verortungen, von denen aus gesprochen und geschrieben wird, an die OECD-Welt als *pars pro toto* – und nicht etwa an Staaten des Südens, der Peripherie, der Zonen fragiler, instabiler und zerfallender Staatlichkeit, die staats-theoretisch aber ebenfalls und vor allem mit dem gleichen Instrumentarium theoretisiert werden. Dass das eine (die Norm) mit dem anderen (die vermeintliche Abweichung) aber in mehr als nur zufälliger Weise ver-

bunden ist, hat gerade feministische und postkoloniale Kritik eindrücklich gezeigt.

An einigen Stellen im Buch, als „intersektionaler Gewaltbegriff“ (62) oder als „Staatlichkeit und Intersektionalität“ (199), wird diese multiple Kritik bereits sichtbar. Der abschließende Beitrag (Habermann) stellt eine wichtige Etappe in diese Richtung dar, wenn darin etwa die auch für Staatlichkeit konstitutive Bedeutung von Kolonialismus und Sklavenhandel im Kontext von race, class und gender diskutiert wird. Einer intersektionalen und feministischen Staatstheorie und -kritik würdig wird es jedoch künftig sein, dass auch jene Stimmen zu Wort kommen, die in und aus den vermeintlichen Peripherien, den ‚failed‘, ‚rogue‘, ‚fragile‘ oder ‚para‘ states der Welt (feministische) Kritik üben. Auch wenn sie dies mitunter an den Verbündeten ihrer feministischen „Wahlverwandtschaften“ (155) tun, deren viel zu lange marginalisierte Kritik endlich im Zentrum der Theoretisierung von Staatsverständnissen ankommt.

Claudia Brunner

Esther Donat, Ulrike Froböse, Rebecca Pates (Hrsg.): **„Nie wieder Sex“. Geschlechterforschung am Ende des Geschlechts.** Wiesbaden: VS-Verlag 2009, 232 S., € 29,90

Ausgangspunkt des Sammelbandes, der im Anschluss an die Vortragsreihe ‚Nie wieder Sex‘ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig im WS 2006/07 entstand, sind im Wesentlichen zwei Annahmen: Zum einen ist davon auszugehen, dass ‚sex‘ und ‚gender‘ Konstrukte sozialen Handelns sind. Zum anderen lässt sich im Rahmen staatlichen Handelns und gesellschaftlichen Wahrnehmens ein bivalenter Umgang mit ‚Geschlecht‘ feststellen. Die beiden Pole dieser Bivalenz werden mar-

kiert von einer staatlichen Sozialpolitik, die an ‚traditionellen‘ Geschlechter-, Rollen- und Familienbildern orientiert ist einerseits und der zunehmenden Bedeutung von Lebenskonzepten jenseits dieser Bilder, seien es Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften oder alternative Entwürfe von Geschlecht andererseits.

Im ersten Beitrag, „Wie man Geschlechter macht.“, formuliert Rebecca Pates in Anlehnung an Bruno Latour den Vorschlag, sich an die „Orte der Macht“ (15) zu begeben, um die Herstellungsprozesse von Geschlecht zu analysieren. Dabei fasst sie Geschlecht als institutionalisierte Konvention, deren Herstellungsprozesse sie mit Marcel Mauss als sozialformative Techniken begreift. Um die „konkreten Strukturen, die wirklichen Machtverhältnisse an bestimmten Orten“ (15) zu untersuchen, werden Interviews aus einem Forschungsprojekt über die „Verwaltung der Prostitution“ analysiert und es wird am Beispiel von Leipzig gezeigt, wie durch bestimmte Vorannahmen spezifische Eigenschaften „der Prostituierten“ hergestellt werden. Dabei zeigt sich, dass besonders die Prostitution von Frauen, die als Ausländerinnen wahrgenommen werden, problematisiert wird und dass der bei ihnen vermutete ethnische Hintergrund auch ausschlaggebend für besondere ordnungspolitische Interventionen ist. Im Ergebnis wird deutlich, dass sowohl die Orte, an denen Prostitution angeboten wird, als auch die Ethnie der Frauen zu unterschiedlichen Vorannahmen und Verwaltungsformen und damit unterschiedlichen Konstruktionen der jeweiligen Subjekte führen.

Auch der Beitrag „Gendering space und spacing gender. Die räumliche Regulierung von Sexarbeit“ von Anne Dölemeyer bezieht sich auf das Forschungsprojekt „Verwaltung der Prostitution“. Ging es bei Rebecca Pates darum, das Lokale als

Ort der Macht in den Blick zu nehmen, untersucht die Autorin dieses Beitrags die Verwaltung der Prostitution anhand zweier Städte – Leipzig und Dortmund. Dabei werden sehr differente Umgangsweisen mit Prostitution deutlich, die wiederum zu unterschiedlichen Subjektformationen führen können: „Die Anrufungen der Behörden“, so Dölemeyer, „bieten bestimmte Anschlussmöglichkeiten, die eine spezifische Performanz von Geschlecht befördern“ (149). In beiden Städten wird eine Leitunterscheidung zwischen Straßen-, Bordell- und Wohnungsprostitution vorgenommen. Allerdings differiert die Sicht auf Prostituierte erheblich: während sie in Leipzig eher im Bereich der Schattenwirtschaft angesiedelt wird, ist die Perspektive in Dortmund die, Prostitution als (nahezu) reguläre Dienstleistung zu verstehen. Entsprechend werden die Sexarbeiterinnen (Sexarbeiter kommen in beiden Städten nahezu nicht in den Blick) in Dortmund eher als Vertragspartnerinnen, in Leipzig eher als Angehörige problematisierter Minderheiten oder als „Hausfrauen, die sich etwas dazu verdienen“ gesehen. Wesentlich sind dabei die in den Blick genommenen Räume der Regulierungen: in Leipzig liegt das Hauptaugenmerk auf dem nicht legalen Straßenstrich, der als Störung der öffentlichen Ordnung wahrgenommen wird. In Dortmund ist dieser räumlich klar definiert, die behördlichen Anstrengungen sind stärker im Bereich der Bordellprostitution konzentriert, wobei vor allem arbeitsrechtliche Fragestellungen stark gemacht werden.

Esther Donat stellt in „Eine Frage der Ehe“ die These auf, dass das Geschlecht im Paar zu Hause ist. Sie stellt fest, dass viele Funktionen, die im aktuellen Diskurs dem Paar als Konzept inhärent sind, zwar zunehmend ausgelagert werden können (wie zum Beispiel emotionale Sicherheit, die Erziehung von Kindern oder Sexualität), dass das (heteronormativ organisierte)

Paar aber weiterhin als „König unter den Lebensformen“ (59) verstanden wird. Sie analysiert dabei mit Ernst H. Kantorowicz die zwei Körper des Paares als einen idealen und damit normativen und einen empirischen. Donat zeigt nicht nur Veränderungen des Vorkommens von Paarbeziehungen, sie stellt auch das Ideal des Paares als bedroht dar, was sie unter anderem an sehr eindrücklichen Beispielen aus „Beziehungsratgebern“ verdeutlicht. Zudem beinhaltet die Erosion des Paares in seiner Idealgestalt Risiken für gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen und deren normative Kraft in Bezug auf die Subjektivierung des Einzelnen zu „Mann“ oder „Frau“: „Die Ordnung des Paares (re-)produziert die bestehende Ordnung und in ihr die Ordnung der binären Geschlechtszuschreibung“ (83). Die Frage, die also zu stellen bleibt, ist: was passiert mit dem Geschlecht, wenn das Paar an Bedeutung verliert?

Ulrike Froböse analysiert unter der Überschrift „Drei Geschlechter, eine sozialistische Identität?“ Interviews, die sie mit Frauen aus der ehemaligen DDR geführt hat, die damals intime Beziehungen mit Frauen lebten. Dabei ist ihr Augenmerk auf die Frage gerichtet, ob „ein explizit anderer (politischer) Anspruch an Geschlechtergerechtigkeit und an eine umfassende, sozialistische Identität“ (92) Konsequenzen für die Subjektformation in Bezug auf Geschlecht und Begehren hatte. Sie kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass sich beginnend mit den 1960er Jahren – im Bereich des öffentlichen und des beruflichen Lebens – Vorstellungen darüber, was männlich und was weiblich sei, anglichen. Sie waren weniger an den Körper, dafür aber mehr an die Funktionen, die ausgeübt wurden, gekoppelt. Gleichzeitig bestanden die im 19. Jahrhundert etablierten Diskurse über Homosexualität (ähnlich wie in der damaligen BRD) bis in die 1980er Jahre na-

hezu unverändert weiter. Hier lässt sich, so Froböse, eine doppelte Integrationsbewegung „von oben“ und „von unten“, mit freilich unterschiedlichen Zielrichtungen beobachten: staatlicherseits wurde eine prinzipielle Gleichberechtigung homosexueller und heterosexueller Menschen proklamiert, was der konkret-lebensweltlichen Wahrnehmung allerdings nicht entsprach. Dies führte unter anderem dazu, dass Lesben und Schwule sich durch eigene Gruppen im Umfeld der Demokratiebewegung organisierten. Anhand des biographischen Materials zeigt die Autorin, dass ein wesentliches, gemeinsames Merkmal der Erzählungen darin besteht, dass die Berichtenden sich nicht als lesbisch identifizierten. Vielmehr können diese Erzählungen in Bezug auf die Möglichkeiten der Frauen, „ihre Gefühle, ihre Liebe, ihre Wünsche leben zu können“ (128) gedeutet werden, auch ohne dass die Zuordnung zu einer identifizierenden Kategorie vorgenommen wird.

Welche Subjektivierungsformen stehen ukrainischen Frauen im Spannungsfeld von globalisiertem Kapitalismus und den Bemühungen um eine aktuelle Nationalstaatsbegründung (in) der Ukraine zur Verfügung? Dieser Frage geht Susanna Karawanskij in ihrem „Essay über die ukrainische Frau“ nach. Ausgehend von der Problematik der Begründung „eines ukrainischen Selbstverständnis im Umfeld der Schwächung des Nationalstaats“ (137) und der problematischen Konstitution eines „Wir“, das sich vom Nationalstaat Russland abzugrenzen sucht, obwohl es dem gleichen Gründungsmythos folgt, entwirft Karawanskij eine Typologie verschiedener Identitätsangebote für ukrainische Frauen.

„Die Rolle der ‚Frau‘ in demographischen Diskursen“ ist das Thema des Beitrags „Reproduktionsmaschinen“ von Daniel Schmidt. Schmidt untersucht Diskurse zum Bevölkerungsrückgang und

identifiziert zwei Besonderheiten in den aktuellen Debatten über Bevölkerung: zum einen eine deskriptive und normative Verengung auf die Genusgruppe der Frauen und zum anderen eine aus dem 19. Jahrhundert datierende Aufladung der Rolle der Frauen. Schmidt attestiert weiten Teilen der Demographieforschung eine epistemische Blindheit in dem Sinne, dass nur weibliche Personen zwischen 16 und 40 Jahren in ihren Blick geraten, was gleichzeitig zu einer „beliebigen politischen und ideologischen Verfügbarkeit“ der Forschungsergebnisse hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung führe. Der Beitrag kommt zu dem Ergebnis, dass das, was demographisch untersucht wird, nur noch wenig mit der sozialen Realität zu tun hat und dementsprechend eine geringe Aussagekraft entfaltet. Gleichzeitig, und das ist die normative Dimension, wird die Kluft zwischen statistischen Vorannahmen und sozialer Faktizität oft durch eine Kritik an der heutigen Rolle der Frau zu überwinden gesucht.

Regina Frey untersucht in „Wer hat Angst vor Gender-Mainstreaming?“ die Frage, warum Gender-Mainstreaming sein hohes Potenzial zur Transformation von Geschlechterverhältnissen nicht entfalten kann. Dafür gäbe es mindestens zwei Ursachen: zum einen mangle es an einer konsequenten Umsetzung des Konzepts innerhalb der Verwaltungsroutinen, zum anderen an einem „differenzierten Verständnis von Gender im Sinne der Multidimensionalität des Konzepts“ (52).

Maximilian Schochow schließt mit „Die Erfindung des Geschlechts“ den Band. In kritischer Abgrenzung zu der transhistorischen Kategorie des Sexus, wie sie Thomas Laqueur beschrieben hat, entwickelt er anhand historischen Materials über die Untersuchung von Hermaphroditen und über verschiedene Formen der Klassifikation von Lebewesen anhand von „Zeichen“, die These, dass bis zum Ende

des 16. Jahrhunderts „Geschlecht“ eine Kategorie der Zugehörigkeit darstellt. Diese Zugehörigkeit – zum Beispiel zu einem der Menschengeschlechter – verändert sich begrifflich zu Beginn des 17. Jahrhunderts dahingehend, dass dem Geschlecht „der Sexus eingelegt wird“ (204) und damit die Binarität von Geschlecht als Idee prominent und damit vorherrschend wird.

Die Beiträge des Bandes liefern weitgehend sehr differenzierte und anregende Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit den Ausgangsfragen, also der radikalen Annahme, dass es, qua Konstruktionscharakter, „Nie wieder Sex“ geben könne, und damit folgerichtig, auch Gender nicht mit einer eindeutigen Bedeutung belegbar ist. Besonders hervorzuheben ist, dass beide Kategorien ihre Konstruktionen lokal unterschiedlich erfahren, ermöglicht einen Blick darauf, wie durch unterschiedliche Formen der Regierung Subjekte konstruiert (und möglicherweise konstituiert) werden.

Klemens Ketelhut

Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf (Hrsg.): **Erkenntnis und Methode. Geschlechterforschung in Zeiten des Umbruchs.** Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2009 (Geschlecht und Gesellschaft, Band 43), 336 S., € 39,90

Der vorliegende Band entstand anlässlich des 60. Geburtstages der Bielefelder Soziologin Ursula Müller, einer „Geschlechterforscherin der ersten Stunde“ (326), wie es in dem von Sigrid Metz-Göckel und Mechthild Oechsle liebevoll-kritisch formulierten Rückblick auf gemeinsam verbrachte Jahre heißt. Der Band versammelt Beiträge von über 20 Autorinnen und Autoren, die in jeweils unterschiedlichen

zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Zusammenhängen von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik mit Ursula Müller zusammengearbeitet haben. Die beiden Herausgeberinnen nehmen den runden Geburtstag ihrer Mentorin zum Anlass, um erkenntnistheoretische, methodologische und methodische Verfahrensweisen in der Frauen- und Geschlechterforschung einer kritischen Reflexion zu unterziehen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche sei (Selbst-)Reflexion dringend geboten, da „nicht nur die gesellschaftlichen Zustände in Bewegung, sondern auch ihre wissenschaftlichen Interpretationen [...] bis in ihre kategorialen Grundlagen hinein erschüttert und herausgefordert“ würden (9). In ihrer programmatischen Einleitung „Zeiten des Umbruchs – Zeit zur Reflexion“ werfen Brigitte Aulenbacher und Birgit Riegraf einen Blick zurück in die Entstehungsgeschichte der Frauen- und Geschlechterforschung und rekapitulieren theoretisch-methodische Diskussionen über das Verhältnis von (feministischer) Wissenschaft und Gesellschaftspolitik, über Androzentrismus, Interdisziplinarität, Objektivität und Parteilichkeit. Die Frage nach Erkenntnis, Erkenntnisinteresse und Methode war eine, die die feministische Forschung seit ihren Anfängen umtrieb, und ihre wissenschafts- und erkenntnis-kritische Ausrichtung führte zunächst zu einer generellen Methodenskepsis. Mit dem 1984 publizierten Aufsatz „Gibt es eine spezielle Methode in der Frauenforschung?“, der mittlerweile zu einem ‚Klassiker‘ der interdisziplinären Frauen- und Geschlechterforschung avancierte, mischte sich Ursula Müller frühzeitig in den theoretisch-methodologischen Diskurs feministischer Wissenschaft ein. Müllers Fazit, in der Frauen- und Geschlechterforschung gebe es keine spezielle Methode, wohl aber eine eigene Methodologie, und allein Fragestellung und Forschungsgegenstand bestimmten, was die jeweils an-

gemessenen Methoden seien, ist heute in der Forschung ‚common sense‘. Nicht zufällig bildet dieser Text den Bezugspunkt für viele der in diesem Sammelband vertretenen Beiträge.

Teil 1 des Bandes ist mit „Erkenntnis und Erkenntnisgewinn im Kontext“ überschrieben. Sigrid Metz-Göckel thematisiert in ihren Artikel über „Diskrete Diskriminierungen und persönliches Glück im Leben von Wissenschaftler/innen“, dass Wissenschaft als Lebensform eine grenzenlos zeitliche berufliche Verfügbarkeit voraussetzt (39). Diese Lebensform basiere auf einem Geschlechterverhältnis, das in modernen Familien nicht mehr gegeben sei. Viele Frauen und zunehmend auch Männer, die Kinder hätten bzw. haben wollten, würden daher die Wissenschaft nach einiger Zeit zugunsten anderer Lebensformen verlassen. Schließlich könne sich der Mensch „nicht zweimal (total) verausgaben“ (39). Das Rekrutierungsproblem von Wissenschaftlerinnen könne nicht allein durch „Vereinbarkeitsregeln technischer und finanzieller Art“ gelöst werden. Neben der wissenschaftlichen Lebensform gehörten auch „ausgrenzende sozio-kulturelle Aspekte der Fachdisziplin“ auf den Prüfstand (46). Melanie Groß und Gabriele Winker zeigen in „Queer-/Feministische Praxen in Bewegung“ den Nutzen von queeren und intersektionalen Perspektiven für die Analyse verschiedener widerständiger Praxen auf. Carol Hagemann-White diskutiert in „Grenzüberschreitendes Denken und Handeln: Europa als (feministisches?) Projekt“ Möglichkeiten und Grenzen gemeinsamer feministischer Forschung in Europa. Rae-wyn Connell erinnert in „Der Sprung über die Kontinente hinweg – Überlegungen zur Entwicklung von Erkenntnismethoden und Ansätzen in der Männlichkeitsforschung“ daran, dass Ursula Müller (zusammen mit Sigrid Metz-Göckel) bereits 1986 eine Männerstudie vorgelegt

hat und skizziert mit ‚Männlichkeitstheorien des Südens‘ neuere Entwicklungen in diesem Forschungsfeld.

Teil 2 ist der Erforschung alltäglicher und biographischer Erfahrungen gewidmet. Karin Jurczyk und Maria S. Rerrich unterziehen in „Erkenntnis und Politik: alltägliche Lebensführung und Differenzen zwischen Frauen revisited“ ihre vor mehr als 20 Jahren entstandenen Untersuchungen einer kritischen Re-Lektüre und thematisieren in bemerkenswerter Offenheit ihre damaligen „Scheuklappen“ (103) gegenüber Differenzen zwischen Frauen. Nachfolgeuntersuchungen über Transmigrantinnen und/oder Illegale, die als Putzfrauen arbeiten, gehen dagegen von stärker polarisierten Lebenslagen von Frauen aus. Nina Baur demonstriert in ihrem Beitrag „Von der Quali-/Quanti-Debatte zum Methoden-Mix“ die Reichweite und den Ertrag methodischer Zugriffe am Beispiel der Vorstellungen von familiärer Arbeitsteilung. Mechthild Bereswill fragt in „Marginalisierte Männlichkeit als gesellschaftliche und biographische Konfliktodynamik“ nach Männlichkeit im Kontext biographischer Selbstdeutungen junger Männer, „deren spezifische Situation durch die Erfahrung eines Freiheitsentzugs gekennzeichnet ist.“ (146) Bettina Dausien entfaltet in „Differenz und Selbst-Verortung“ die These, „dass die soziale Konstruktion von Geschlecht eine biographische Dimension besitzt und dass die Analyse erzählter Lebensgeschichten ein geeignetes Verfahren darstellt, um Prozesse der Geschlechterkonstruktion empirisch zu untersuchen“ (158).

Der dritte Teil versammelt unter der Überschrift „Wandel von Arbeit und Organisation erforschen“ organisations- und betriebssoziologische Beiträge. Sylvia Marlene Wilz und Ilka Peppmeier diskutieren in „Organisation als Untersuchungsfeld“ die methodischen Schwierigkeiten eines Projekt zu Geschlechterkonstruktionen am Beispiel der nordrhein-westfälischen

Polizei. Edelgard Kutzner thematisiert in „Arbeits- und Geschlechterpolitik im Betrieb“, dass sich sowohl Arbeits- wie auch die Geschlechterverhältnisse im Umbruch befinden und welche Auswirkungen das auf die methodische Anlage handlungsorientierter Forschung hat. Ellen Kuhlmann und Christa Larsen loten in „Gesundheitsreformen und Beschäftigungssituationen“ die „methodischen Möglichkeiten amtlicher Statistiken für gendersensible Analysen“ aus und leisten damit einen Beitrag zur „Implementierung von Gender Mainstreaming Ansätzen an der Schnittstelle von Gesundheits- und Beschäftigungsanalysen“ (218). Im Beitrag „Wissenschaftskarriere, Geschlecht und Fachkultur im sozialen Feld der Hochschule“ reflektiert Ulrike Vogel den auf Bourdieu zurückgehenden analytischen Rahmen, der ihrer 2004 publizierten Untersuchung über Karrieren von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an der Hochschule zugrunde liegt. Michael Meuser geht in „Männlichkeiten in Bewegung“ der Frage nach, ob Connells Konzept der hegemonialen Männlichkeit in Anbetracht des Wandels von Erwerbsarbeit und der Auflösung des ‚Normalarbeitsverhältnisses‘ an Aktualität verloren hat und kommt zu dem Schluss, dass das Konzept „weiterhin eine geeignete Heuristik darstellt, die aktuelle Herausforderungen und Neuformierungen von Männlichkeitspositionen begrifflich-analytisch zu erfassen“ (262). Jeff Hearn setzt sich in seinem Beitrag „Von gendered organizations zu transnationalen Patriarchien“ mit dem Problem auseinander, dass im Zuge gesellschaftlicher Umbrüche die Gegenstände Organisation und Geschlecht zu verschwimmen scheinen, „unter dem Vorzeichen von Globalisierung“ jedoch „machtvoller denn je zu Tage“ treten (19). Zur Erforschung des Phänomens bieten sich dem Autor zufolge intersektionelle und transnationale Perspektiven an.

Teil 4 ist der „Erkenntnis- und Gesellschaftskritik“ gewidmet. Regina Becker-Schmidt unterzieht in „Erkenntnis, Forschungsgegenstand, Kritik“ die Ansätze von Christine Weinbach, Bettina Heintz und Stefan Hirschauer, die der Frauen- und Geschlechterforschung Unwissenschaftlichkeit unterstellen, einer kritischen Analyse. Für Becker-Schmidt stellt Sozial- und Gesellschaftskritik das „Ferment soziologischen Denkens“ dar (304). Gudrun-Axeli Knapp diskutiert in „Trans-Begriffe“, ‚Paradoxie‘ und ‚Intersektionalität“ die Bedeutung von Begriffsverschiebungen und -öffnungen im aktuellen soziologischen Diskurs.

Die Struktur des vorliegenden Bandes vermag an dieser Stelle nicht so recht überzeugen, da die Abgrenzungen zwischen Teil 1 „Erkenntnis und Erkenntnisgewinn im Kontext“ und Teil 4 „Erkenntnis und Gesellschaftskritik“ nicht unmittelbar einleuchten. Zusammenfassend lässt sich jedoch festhalten, dass der Band die große Bandbreite soziologischer Frauen- und Geschlechterforschung in Theorie und Empirie dokumentiert, auch wenn nicht alle Beiträge mit neuen Erkenntnissen aufwarten können.

Elke Kleinau